

Baden-Württemberger blicken so optimistisch in die Zukunft wie lange nicht

Von Dirk Grupe

STUTTGART – Die baden-württembergische Bevölkerung blickt so zuversichtlich in die Zukunft wie seit mehr als anderthalb Jahren nicht mehr. Das zeigt der aktuelle Baden-Württemberg-Monitor im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage, der sich auf rund 1000 Online-Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 18 Jahren stützt. 35 Prozent der baden-württembergischen Bürger sehen demnach den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen - zu Beginn des Jahres waren es nur 28 Prozent. Dass mehr als jeder Dritte optimistisch gestimmt ist, gab es zuletzt im Sommer 2023.

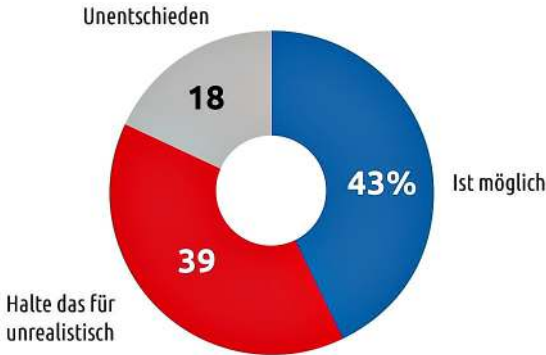
Deutlich zurückgegangen ist im Gegenzug zuletzt der Anteil derer, die der Zukunft mit Befürchtungen entgegensehen. Aktuell sind 30 Prozent sehr besorgt über die weitere Entwicklung, im Februar waren es 37 Prozent. Weitere 25 Prozent sind

skeptisch, wie sich die Lage entwickeln wird.

Dass die aktuellen Verwerfungen und Krisen die Menschen trotzdem beschäftigen, versteht sich fast von selbst. Die innere Sicherheit ist für die Bevölkerung ohnehin zu allen Zeiten ein wichtiges Thema, was sich aktuell in der Sorge um eine mögliche Zunahme von Gewalt und Kriminalität ausdrückt. Aber auch die Flüchtlingssituation und wie es damit weitergeht, treibt die Menschen um.

Darüber hinaus wird das Sicherheitsgefühl stark geprägt durch die Einschätzung der Kriegsrisiken: Fast die Hälfte der baden-württembergischen Bevölkerung hält die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird, für hoch oder sogar sehr hoch. Doch wie auch immer die Risiken für Krieg oder Katastrophen eingeschätzt werden, in einem Punkt herrscht weitestgehend Konsens: Das Land muss sich auf kommende Herausforderungen besser als bisher vorbereiten.

Angesichts der derzeitigen Krisen und Herausforderungen gibt es die Forderung, dass die deutsche Wirtschaft unabhängiger werden muss von Nicht-EU-Ländern wie China oder den USA. Ist es Ihrer Meinung nach innerhalb weniger Jahre möglich, diese Abhängigkeit zu reduzieren, oder halten Sie das für unrealistisch?



Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollten die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, genauer wissen und arbeiteten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Menschen

im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten.

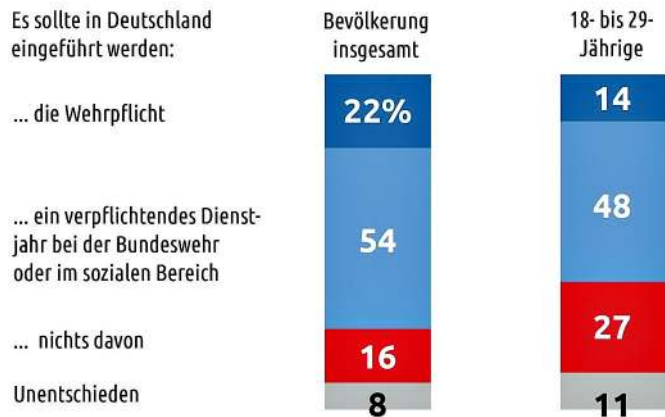
Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrageinstituten

Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

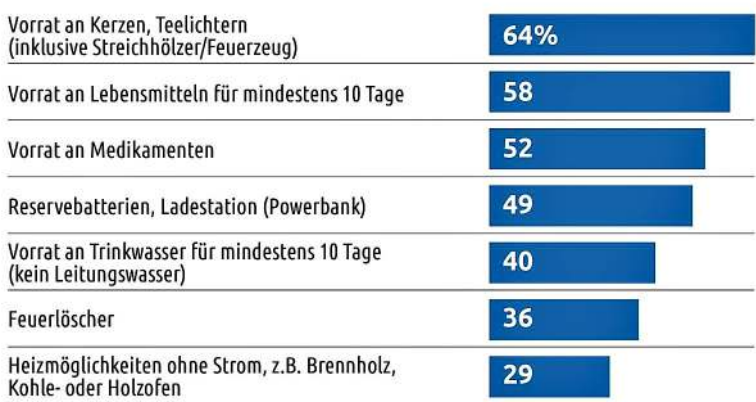
Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Onlineportalen der Tageszeitungen.



Es wird immer wieder darüber diskutiert, in Deutschland die Wehrpflicht oder alternativ ein allgemein verpflichtendes Dienstjahr einzuführen, bei dem junge Menschen entweder für ein Jahr zur Bundeswehr gehen oder einen sozialen Dienst leisten können. Was davon fänden Sie besser?



Es gibt offizielle Empfehlungen, wie man sich persönlich für Katastrophen und Notfälle vorbereiten kann. Was davon haben Sie zuhause?



Inflation, Wirtschaft und Unsicherheit bereiten Sorgen

Die Sorgen der Bevölkerung werden seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine vor rund drei Jahren von Inflation, einer allgemeinen Verunsicherung über die Lage in Deutschland und der Welt sowie von Kriegsängsten dominiert. Vor allem der Blick in den eigenen Geldbeutel treibt die Menschen um, jeder Zweite ist besorgt wegen der anhaltenden Preissteigerungen.

Eng damit verbunden ist der ökonomische Abwärtstrend, nicht zuletzt in einer Region, die wie kaum eine andere von der kriselnden Autoindustrie und ihren Zulieferern abhängig ist. Verunsicherung löst bei den Menschen auch die Unberechenbarkeit der politischen Entwicklungen aus, vier von zehn der Befragten fürchtet zudem,

Deutschland könnte in militärische Konflikte hineingezogen werden. Innerhalb der Gesellschaft werden indes Gewalt und Kriminalität als Bedrohung wahrgenommen, ebenso wie die innenpolitische Entwicklung: vor allem wegen des Erstarkens der AfD, der abnehmenden politischen Stabilität sowie der Flüchtlingssituation in Deutschland. Auch der Klimawandel und die Sorge, dass es verstärkt zu Naturkatastrophen und Extremwetterlagen kommt, beunruhigt viele Menschen in Baden-Württemberg ausgesprochen stark.

Bemerkenswert: Trotz der teils heftigen Debatten der letzten Monate über die Staatsverschuldung macht sich lediglich rund jeder Fünfte darüber große Sorgen.

Wie sicher fühlen Sie sich alles in allem in Baden-Württemberg?



Bürger haben recht hohes Sicherheitsgefühl

Innere Sicherheit ist für die Bevölkerung generell ein wichtiges Thema, während die äußere Sicherheit erst mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs wieder an Bedeutung gewonnen hat. Seither ist die Sorge, dass Deutschland in einen militärischen Konflikt hineingezogen werden könnte, deutlich angewachsen. Nach wie vor fühlt sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aber sicher in Deutschland. Das gilt besonders für die baden-württembergische Bevölkerung. Von ihnen fühlen sich drei Viertel sicher oder sogar sehr sicher in Baden-Württemberg. Nur 17 Prozent fühlen sich weniger und gerade einmal fünf Prozent gar nicht sicher.

Das Sicherheitsgefühl prägt auch das Urteil über die Ein-

schätzung der Kriegsrisiken: Personen, die sich in Baden-Württemberg unsicher fühlen, schätzen die Gefahren, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg hineingezogen werden könnte, deutlich höher ein als Personen, die sich in Baden-Württemberg sicher fühlen. Insgesamt halten es 39 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung für wahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird, neun Prozent sogar für sehr wahrscheinlich. 47 Prozent der Bevölkerung stufen die Kriegsgefahren für Deutschland hingegen als gering ein. Von denen, die sich in Baden-Württemberg unsicher fühlen, halten 54 Prozent die Gefahr eines Krieges mit deutscher Beteiligung für wahrscheinlich.

Verpflichtendes Dienstjahr beliebter als Wehrpflicht

Wehrpflicht, ja oder nein? Die Meinungen darüber gehen teils weit auseinander, nicht nur in der Politik. Grundsätzlich steht die Bevölkerung der Wiedereinführung der Wehrpflicht offen gegenüber. Wenn man sie jedoch vor die Wahl stellt, ob in Deutschland besser die Wehrpflicht oder ein allgemein verpflichtendes Dienstjahr eingeführt werden sollte, entscheidet sich die Mehrheit eindeutig für das verpflichtende Dienstjahr: 54 Prozent fänden das verpflichtende Dienstjahr besser, bei dem junge Menschen wählen können, ob sie zur Bundeswehr gehen möchten oder einen sozialen Dienst leisten wollen; 22 Prozent stimmen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. 16 Prozent sprechen sich ausdrücklich gegen beide Möglichkeiten aus.

In der jungen Generation, die von einer Umsetzung unmittelbar betroffen wäre, spricht sich sogar mehr als jeder Vierte gegen jede Form einer Dienst- oder Wehrpflicht aus. Knapp jeder Zweite fände das verpflichtende Dienstjahr – mit der freien Wahl, ob dies bei der Bundeswehr oder im sozialen Bereich ausgeübt wird – besser, lediglich 14 Prozent die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, so gibt es über alle Bevölkerungsgruppen hinweg einen breiten Konsens, dass diese für beide Geschlechter gleichermaßen gelten sollte. Auch unter Frauen selbst überwiegt die Forderung, dass im Falle einer Wiedereinführung des Wehrdienstes dieser für beide Geschlechter gelten müsse.

Nur bedingt vorbereitet auf Notfälle und Katastrophen

Um für den Katastrophenfall oder andere Notfälle vorbereitet zu sein, empfehlen staatliche Stellen wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe den Bürgern, sich einen Notvorrat an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten anzulegen. Vergleicht man die amtlichen Empfehlungen mit den Vorbereitungen, die die baden-württembergische Bevölkerung für den Katastrophenfall getroffen hat, ist das Ergebnis in Teilen durchaus zufriedenstellend. So können knapp zwei Drittel der Baden-Württemberger im Notfall auf einen Vorrat an Kerzen oder Teelichtern zurückgreifen, 58 Prozent auf einen Vorrat an Lebensmitteln für mindestens zehn Tage, 52 Prozent auf einen Vorrat an Medikamenten und jeder

Zweite auf Reservebatterien oder Ladestationen wie eine Powerbank.

Weitere 40 Prozent verfügen über einen Vorrat an Trinkwasser für mindestens zehn Tage und 36 Prozent über einen Feuerlöscher. Das größte Defizit gibt es bei Heizmöglichkeiten, die keinen Strom benötigen, wie zum Beispiel Kohle- oder Holzofen: Darauf können im Notfall nur 29 Prozent der Bevölkerung zurückgreifen.

Und es gibt noch mehr Defizite: So weiß mehr als jeder Zweite nicht, ob es in der eigenen Region öffentliche Schutzräume gibt, in denen die Bevölkerung im Falle einer Katastrophe oder eines Kriegs Schutz suchen kann. Rund jeder Dritte weiß immerhin, dass es in der eigenen Region keine derartigen Schutzräume gibt.